

Abend
1. III. 1919

Staatskanzler Renner über politische Fragen.

Diktatur des Proletariats?

Budapest, 1. März. Staatssekretär Dr. Renner gewährte einem Berichterstatter des „Pesti Naplo“ ein Interview, in dessen Verlaufe er auf die Frage, ob der Uebergang von der provisorischen Nationalversammlung zur gesetzlich gewählten Konstituante nicht eine neue Krise zur Folge haben werde, erwiderte: Seit Oktober vorigen Jahres folgt tatsächlich eine Differenz auf die andere, eine Schwierigkeit auf die andere. Diese konnten aber noch immer von dem gemischten Staatsrat, der gleichsam als Band zwischen den einzelnen Parteien funktioniert, ausgeglichen werden. Die Wahlen haben nun eine neue Lage geschaffen, indem sie anstatt der früheren drei ungefähr gleichstarken Gruppen nur zwei starke, einander ungefähr gleiche Parteien und eine schwache Minorität gebracht haben. Von diesen zwei Parteien, den Sozialisten und den Christlichsozialen, verfügt keine über die absolute Majorität, aber keine ist so schwach, daß sie von der Regierung ausgeschaltet werden könnte. Das neue Regime würde es also erfordern, daß gerade jene beiden Gruppen, zwischen denen die Gegensätze am größten sind, in eine Koalition treten. Dies zuwege zu bringen, ist wirklich eine schwere politische Aufgabe. Da aber die Republik ohne diesen Ausgleich nicht existieren kann, muß dies versucht werden.

Viele glauben, entgegnete der Berichterstatter, daß vielleicht die Diktatur des Proletariats der einzige Ausweg in dieser schwierigen Lage sein könnte.

Diese Lösung, antwortete der Staatskanzler, die Diktatur des Proletariats hält selbst die überwiegende Majorität des Proletariats nicht für erwünscht. Dazu fehlen, von den psychologischen Vorbedingungen abgesehen, vor allem die wirtschaftlichen. Unter ganzes Wirtschaftsleben ist tief gestört, daß ein Regime der Gewalt nicht einmal die zur Sicherung der eigenen Existenz notwendigen Mittel finden würde, zumal Brot und Kohle. Uebrigens findet schon eben das Wort „Diktatur“ selbst keinen Widerhall mehr. Sind wir ja doch erst von der Diktatur des Säbels und der Bureaucratie freigeworden. Diese waren uns gerade genug. Für einen § 14 könnte die Arbeiterschaft sich selbst nicht begeistern, auch wenn dieser ein § 14 der Arbeiterklassen wäre.

Wie würden Herr Kanzler die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Sozialisten und Christlichsozialen sich vorstellen?

Diese Gegensätze sind unüberbrückbar, und es kann auch vom nichts anderem die Rede sein als von einer Art ad hoc-Arbeitsgemeinschaft von Fall zu Fall, die nach Zeit und Inhalt streng begrenzt wäre. Eine solche Arbeitsgemeinschaft hätte die Republik zu sichern, die Wiederaufnahme der Produktion zu bewerkstelligen und die Volksernährung aufrechtzuerhalten.

Wie wird sich das deutschösterreichische Parlament Ungarn gegenüber verhalten?

Es ist wieder einen bedeutenden Schritt abgerückt von der Vergangenheit. Selbst die provisorische Nationalversammlung stand noch unter der Nachwirkung der unheilvollen Ausgleichsschwierigkeiten. Unser neues Parlament aber fühlt sich als eine neue, freie, reindeutschösterreichische Staatsvertretung. Die Vergangenheit kann kaum je mehr zurückrufen, und die künstlich geschürte gegenseitige Entfremdung wird nicht mehr jene große Rolle spielen, wie auch noch in der provisorischen Nationalversammlung. Eine gute Nachbarschaft, ein offenes Tor, einen Handelsverkehr, das ist es, was die neue Nationalversammlung verlangen wird.

Das westungarische Problem.

Und wird das westungarische Problem, das von den einzelnen Blättern fortwährend erörtert wird, nicht störend auf diese in der Ausgestaltung begriffene gute Freundschaft wirken?

Ich glaube nicht. Jene vereinbarten Erklärungen, welche hierüber seinerzeit die provisorische Nationalversammlung kundgegeben hat, wird auch die neue Konstituante übernehmen. Dies geht aus dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes hervor. Sie anerkennt dieses Recht auch für die Nationalitäten Westungarns. Die Entscheidung wird der Friedenskonferenz und dem eigenen Entschluß der Deutschen Westungarns vorbehalten. Eine Annexionspolitik wird sicherlich auch die Konstituante nicht befolgen. Hierfür liegt übrigens die Gewähr in dem außerordentlichen Einfluß und in der Macht der Sozialdemokraten. Einen Wunsch allerdings wird die Konstituante hegen, nämlich den, daß man die Komitate Westungarns wieder in die Lage bringen muß, frei nach Wien zu liefern, nach Wien, das bereits seit Jahrhunderten ihr Markt ist. Ein gewisses wirtschaftliches Entgegenkommen Ungarns nach dieser Richtung hin würde der Frage sicherlich auch staatsrechtlich und politisch eine ganz andere Färbung verleihen.

Dien Herr Staatssekretär an die Deffnung der westungarischen Grenze?

Die Form und Art, wie dies geschehen könne, kann verschieden sein. Jedenfalls kann man sich vorstellen, daß die ungarische Volksrepublik ihre Finanzorgane einige Schritte mehr nach innen, ostwärts, aufstellt. Es läßt sich aber auch denken, daß für die westungarischen Komitate eine besondere Wirtschaftszentrale errichtet wird, welche die überflüssigen Vorräte dieses Gebietes sammelt und einfach an Wien verkauft. Unter den heutigen unruhigen Verhältnissen und bei den fast konstanten Eisenbahnverkehrsstörungen nämlich, kann man es sich schwer vorstellen, daß diese Produkte zur rechten Zeit nach dem entfernteren Budapest gelangen. Wien befindet sich in unmittelbarer Nähe dieser Komitate, und ich glaube, daß Budapest hierbei nichts verlieren wird, die Wiener aber ihre frühere Versorgungsquelle zurückhalten, und die allgemeine Befriedigung, welche diese Lösung zur Folge hätte, würde die beiden Republiken sicherlich einander näher bringen. In der jüngsten Zeit zeigen sich ohnehin schon die Zeichen dieser Annäherung.

Welche Meinung hegen, Herr Staatskanzler, über dieses unser neues Verhältnis?

Es wird ein ausgezeichnetes sein. Gerade jetzt haben wir zwischen Deutschösterreich und Ungarn zwei wirtschaftliche Abkommen geschlossen, welche unter Wahrung der Interessen beider Teile dennoch den Verkehr erleichtern und fördern. Das Valuta-Abkommen vermochte wohl die Grenzsperrre hinsichtlich der Banknoten und Effekten nicht aufzuheben, doch hat es allen relevanten Interessen Rechnung getragen. In der Sachdemobilisierung ist man gleichfalls den Wünschen Ungarns weit entgegengekommen. Ich würde nicht, woher ein Anlaß zu Reibungen entstehen könnte.